

Warum die Höchstbeitragsgrundlage bleiben soll

Die SPÖ will die Höchstbeitragsgrundlage in der Krankenversicherung abschaffen. Das ist aus mehreren Gründen eine schlechte Idee, vor allem aber aus einem: Mehr Umverteilung, als in Österreich jetzt schon praktiziert wird, ist kaum mehr möglich.



Die SPÖ will also die Höchstbeitragsgrundlage abschaffen. Das Budget läuft aus dem Ruder, die Krankenkassen sind chronisch im Minus – eine neue Einnahmequelle muss her. Derzeit sind die Beiträge zur Sozial-

versicherung bei einem Einkommen von 6930 Euro brutto im Monat gedeckelt. Darüber werden keine zusätzlichen Sozialabgaben fällig. Die Abschaffung des Deckels für die Krankenversicherung brächte laut Niederösterreichs SPÖ-Chef Sven Hergovich 1,2 Milliarden Euro im Jahr.

Das wird natürlich nicht passieren, denn ÖVP und Neos sind dagegen. Abgesehen davon ist es aber auch eine wirklich schlechte Idee, die Höchstbeitragsgrundlage abzuschaffen. Nicht, weil man grundsätzlich nicht umverteilen soll – in modernen Wohlfahrtsstaaten gehört das bis zu einem gewissen Grad dazu. Aber Österreich verteilt jetzt schon maximal von höheren zu niedrigeren Einkommen um.

Lediglich ein Fünftel der Menschen in Österreich zahlt – Pensionen mit eingerechnet – unter dem Strich mehr in das Sozialsystem ein, als sie herausbekommen. Anders formuliert: 80 Prozent der Menschen in Österreich sind Nettoempfänger von Sozialleistungen, wie die Umverteilungsstudie

des Wirtschaftsforschungsinstituts zeigt. 20 Prozent Nettozahler – kann man angesichts dieser Zahl noch von einer „solidarischen Hochleistungsgesellschaft“ sprechen, die der frühere SPÖ-Bundeskanzler Alfred Gusenbauer bemühete? Ein anderer SPÖ-Grande, Hannes Androsch, hinterließ den schönen Satz: „Der Sozialstaat stellt eine der größten Errungenschaften dar. Er war in seinem Grundsatz aber immer auf dem Versicherungsprinzip aufgebaut. Und inzwischen wurde begonnen, daraus eine Sozialhilfeeinrichtung zu machen.“

Bei 161,5 Milliarden Euro Sozialausgaben im Jahr 2024 (32,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes) kann man sagen: Dieses Vorhaben ist in Österreich sehr weit fortgeschritten.

In der Krankenversicherung widerspricht das Aufheben des Beitragsdeckels auch deswegen der Versicherungslogik, weil Besserverdienende nicht öfter krank werden, sondern eher seltener. Sie sind auch öfter privat versichert.

Weite Teile der heutigen SPÖ haben offenbar die Grundsätze der sozialen Marktwirtschaft vergessen: Laut diesem Prinzip muss die auf freiem Wettbewerb basierende Marktwirtschaft an erster Stelle stehen. Sie schafft jene Gewinne, die danach

sozial verteilt werden können. Ein Sozialstaat funktioniert aber auf Dauer nur, wenn man die Grenzen der Belastbarkeit für jene Menschen wahrt, die ihn mit ihren Beiträgen finanzieren.

So gesehen kann man natürlich immer über alles diskutieren, auch über ein Ende der Höchstbeitragsgrundlage in der Sozialversicherung (manche europäische Länder haben gar keinen Deckel). Aber nur im Austausch gegen eine Abgabensenkung an anderer Stelle, etwa der Lohn- und Einkommensteuer.

Denn Österreich hat die fünfhöchste Abgabenquote aller Industrieländer: 47 Prozent Steuern und Sozialabgaben fallen hierzulande im Durchschnitt auf Arbeitseinkommen an, so die neuesten Daten der OECD. Nur in Belgien, Deutschland, Frankreich und Italien war der Anteil zuletzt höher.

Dass sich das signifikant ändert, ist angesichts der budgetären Lage in Österreich Wunschenken. Daher sollte man die Debatte über das Ende der Höchstbeitragsgrundlage am besten beenden, bevor sie erst richtig angefangen hat. Denn höhere Abgaben auf Arbeitseinkommen sind wirklich das Letzte, was dieses Land im Moment brauchen kann.